

„Fronten“

Die Sicht des Fotografen, der auch Sozialwissenschaftler ist

Rheinbraun und später die RWE AG sind mit den Orten des Rheinischen Braunkohlereviers traditionell verbunden. Die Ortsvereine werden gesponsert, Kinder erhielten in der Grundschule Butterbrot Dosen, geschulte Werksmitarbeiter sind und waren gewählte Vertreter in den Gemeinderäten und mehr. Der Braunkohlestrom sorgte für den Wohlstand des Landes und Umsiedlungen von Dörfern dienten dem Allgemeinwohl. Rheinbraun und in der Folge die RWE AG sind und waren ein großer und sicherer Arbeitgeber für viele Menschen. Ein Großteil blieb und bleibt nach der Lehre bis zu Rente. Für die Mitarbeiter waren die Waldbesetzer und braunkohlekritische Initiativen wie Buirer für Buir Arbeitsplatzvernichter, die die Existenz vieler Menschen bedrohten. Es war bekannt, dass die RWE AG der größte Einzelemittent von CO₂ in Europa ist. Aber in der Bewertung der Staaten sollten erst einmal die USA und China ihren CO₂-Ausstoß reduzieren, da im Verhältnis der CO₂-Anteil der RWE AG klein ist.

Diese Welt wurde durch die Waldbesetzer gestört und infrage gestellt, wobei die Kritik an der Verstromung der Braunkohle und dem damit verbundenen CO₂-Ausstoß nicht neu war. Sie begann bereits mit der Erschließung des Tagebau Hambach. Aber erst im Jahr 2012 mit der ersten Waldbesetzung im April und der im November folgenden spektakulären Räumung des Protestcamps gewann das Thema über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus mediales Interesse und erreichte breite Bevölkerungsschichten.

Es begann am 14.04.2012 mit einem Kulturfest, zu dem in den Hambacher Wald eingeladen war. Menschen fanden sich zusammen und diskutierten über den Kohleabbau mit seinen Folgen und hörten Klaus dem Geiger zu. Zum Abend wurden die Besucher informiert, dass einzelne Personen im Wald bleiben und für ausgewählte Bäume eine Patenschaft übernehmen wollten. Aktivist*innen nahmen den Wald in Besitz und lebten hier ihr Leben, schliefen in selbstgezimerten Baumhäusern, kochten auf offenem Feuer und führten ein weitgehend unabhängiges Leben. Ihr Slogan hieß „Wald statt Kohle“.

Aus Sicht der RWE AG war die Besetzung im Jahr 2012 ein zeitlich zu begrenzendes Ereignis, das mit der Räumung zu beheben war. Ihre oberste Priorität hatten die sicheren Betriebsabläufe, die durch Aktivisten behindert wurden. Alles, was die Betriebsabläufe im Tagebau behinderte, wurde den Waldbesetzern als kriminelle Vergehen mit mehreren hundert Anzeigen zugeschrieben. Eine Recherche der taz bei der Staatsanwaltschaft ergab, dass lediglich eine Handvoll Anzeigen strafrechtlich verfolgt wurden.

Die Räumung der ersten Besetzung erfolgte im November 2012 mit 600 Beamte, bis dahin das größte Polizeiaufgebot. Ein Höhenretter sagte mir, dass er sich im Internet informiert hätte und erstaunt sei, dass erst jetzt gegen den Tagebau protestiert würde. Die Räumung erlangte das mediale Interesse über die Bundesrepublik hinaus. Ein Aktivist hatte sich in einen selbstgegrabenen Tunnel in 7 Meter Tiefe verschanzi.

Mit der Räumung waren, entgegen der Hoffnung der RWE AG, die Waldbesetzungen nicht beendet. Der Widerstand gegen den Tagebau war nicht gebrochen, ganz im Gegenteil: Der Wald wurde erneut besetzt. Ein Buirer Bürger duldet ein Camp auf seiner Wiese am Rande des Waldes. Die Aktivist*innen fanden im Laufe der Jahre immer größere Unterstützung in der Region und darüber hinaus. Weitere Polizeieinsätze folgten. Zuständig für die Einsätze im Wald waren bis 2016 der Rhein-Erft-Kreis und der Kreis Düren. Beide Landräte, gewählt durch die Bevölkerung, waren parteipolitisch gebunden, in vielen Gremien und Vereinen aktiv, menschlich in den Kreisen verwurzelt und zusätzlich Leiter der Polizei in ihrem Kreis. Der Dürener Landrat hatte darüber hinaus Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der RWE AG. Auch waren die Kreise aus der Tradition heraus RWE-

Aktionäre“. Eingebunden in diese kommunalen Strukturen konnten die Waldbesetzer*innen kein Verständnis und keine Diskussionsbereitschaft erwarten. Ihr Anliegen, den CO₂-Ausstoß für eine lebenswerte Zukunft zu reduzieren, wurde überdeckt durch Maxime der Wirtschaftlichkeit des Konzerns, der Arbeitsplatzsicherung und der Forderung nach bezahlbarem Strom. Ziel beider Landräte war die Vertreibung der Aktivist*innen. Als Methode dienten harte Polizeieinsätze, wie z.B. am 31.08.2013 bei der Räumung der Kohlerandbahn. Die Polizei setzte hier massiv Schmerzgriffe ein. Im Gegensatz dazu wurden im Oktober 2018, in der Zuständigkeit des Polizeipräsidenten Aachen, Zeit eingeräumt und die „freiwillige“ Räumung der Gleise abgewartet.

Ein weiteres Beispiel für die Härte des polizeilichen Vorgehens ist ein Einsatz im Juni 2013. Drei Aktivist*innen wurde bei 28 Grad im Schatten gefesselt auf die Rückbank eines geschlossenen Polizeiautos gepfercht, mitten in der prallen Sonne. Sie litten unter der saunaähnlichen Hitze im Auto. Der Einsatzleiter weigerte sich die Türen und Fenster des Fahrzeugs zu öffnen und den Festgenommenen Wasser zu reichen. Ein Untergebener bekam mein Telefonat mit einem Strafverteidiger mit und ersparte seinem Vorgesetzten eine Dienstaufsichtsbeschwerde, öffnete die Türen und reichte Wasser.

Die Forderungen der Waldbesetzer*innen waren für viele politische Vertreter indiskutabel. Für sie waren diese Menschen keine Klimaaktivisten, sondern Klimaterroristen. Auch NRW-Innenminister Reul begrüßte die Delegation der Initiative „Buirer für Buir“ bei einem Besuch in seinem Ministerium mit den Worten: „Ach, da sind ja die Unterstützer der Klimaterroristen.“ Die RWE förderten dieses Bild und präsentierten es z. B. über ihr Nachbarschaftsmagazin „hier“. Im September 2018 berichtete die Presse, dass die Polizei, einem Medienbericht zufolge, in 4 Meter Tiefe ein von Aktivist*innen angelegtes Tunnelsystem entdeckt hätte, das an Vietnam erinnern würde und über gut ausgebaute Einstiegslöcher erreicht würde – eine Zeitungssente, die den Terroristenstatus der Aktivist*innen weiter verstärkte. Auch wurden Journalisten Waffenfunde aus dem Hambacher Wald präsentiert, die tatsächlich aus der Asservatenkammer stammten.

2016 setzte sich die Grüne Fraktion in der Landesregierung NRW dafür ein, die polizeiliche Zuständigkeit für das Rheinische Braunkohlrevier in eine Hand zu legen. Nach einiger Diskussion wurde der Polizeipräsident in Aachen mit der Aufgabe betraut. Mit seiner Zuständigkeit änderte sich das Vorgehen gegenüber den Aktivist*innen. Straftaten wurden weiterhin verfolgt. Aber der Grundsatz lag in der Kommunikation. Erstmals wurden Kommunikationsbeamte eingesetzt, die als solche gekennzeichnet den Kontakt und das Gespräch mit Personen im Wald suchten. Sie waren unmittelbar dem Polizeipräsidenten unterstellt. Polizeiaktionen im Wald konnte jetzt jeder Bürger verfolgen und waren nicht der Presse vorbehalten. Auch die Form wie die Gleisbesetzung von Ende Gelände im Jahr 2018 beendet wurde, geht auf diesen kommunikativen Ansatz zurück.

Im Juli 2022, auf einer Demonstration von Keyenberg nach Lutzerath zum Erhalt der Dörfer, ließ der Einsatzleiter den Demonstrationszug stoppen und die Order ausgeben, dass sich der maskierte „Schwarze Block“ zu demaskiert hätten. Der Aufforderung folgte der Schwarze Block nicht und der Demonstrationszug wurde festgesetzt. Es lief auf eine Eskalation hinaus. Die beiden Kommunikationsbeamten kontaktierten den Polizeipräsidenten Aachen der wiederum den Einsatzleiter anwies, den Demonstrationszug ohne Eskalation weiter ziehen zu lassen.

Die in weiten Teilen der Politik und Gesellschaft geächteten Aktivist*innen fanden auch offene Ohren. Das im Jahr 2012 durch die Waldbesetzer*innen organisierte sonntägliche Kaffeetrinken gestaltete sich zu einem Vernetzungstreffen und viele damals geknüpfte Kontakte bestehen bis heute.

In den ersten Jahren wurden die Aktivist*innen der frühen Waldbesetzungen in besonderem Maße durch die Bürgerinitiative Buirer für Buir unterstützt, die u.a. das Wasser lieferten oder Menschen eine Dusche oder Waschmaschine zur Nutzung anboten. Die Anwesenheit bei der ersten

Räumung von Antje Grothus und mir gab den Besetzer*innen Sicherheit und wir achteten auf eine korrekte polizeiliche Behandlung.

Ein Schwerpunkt der Bürgerinitiative lag in dem Erhalt des 2012 noch deutlich größeren Hambacher Waldes. „Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützte die Initiative die friedliche Besetzung des Waldes durch eine Gruppe junger Aktivist*innen. Diese Aktion des zivilen Ungehorsams fand auch Zuspruch aus breiteren bürgerlichen Kreisen, was sich am Besuch der Besetzung durch zahlreiche Bürger*innen aus Buir und Umgebung zeigte.“, so die Initiative auf ihrer Homepage. Die Waldbesetzer*innen nutzten die Kontakte von Buirer für Buir für ihre Pressekonferenzen und ähnliches. Die Initiative sah es auch als ihre Aufgabe an zwischen den Besetzer*innen, der RWE AG und der Polizei zu vermitteln. Die sog. Friedensinitiative, durch Buirer für Buir ins Leben gerufen, versuchte auf breiter Ebene einen Konsens zu erzielen. Bis vor wenigen Jahren fanden regelmäßig Treffen zwischen Buirer für Buir, der RWE AG und der Polizei statt. Die Initiative legte besonderen Wert darauf, mit allen Akteuren im Gespräch zu bleiben – selbst wenn oft wenig gesagt wurde. Das primäre Interesse der RWE AG lag in dem Anspruch, ihre Betriebsabläufe zu sichern.

Die Bürgerinitiative mit ihrem regionalen Bezug zum Hambacher Wald rückte ins organisatorische Zentrum der Klimabewegung. Der Hambacher Wald wurde zu ihrem Symbol. Ab 2014 luden Michael Zobel und Eva Töller zu Waldspaziergängen ein und vermittelten Interessierten aus der Region und weit darüber hinaus die tagesbaubedingte Zerstörung der Umwelt. Teilweise kamen mehrere 100 Personen. Es entstand ein Netz bis ins Ausland und deren Delegationen informierten sich vor Ort. Schulklassen, Studierende, Kirchenvertreter*innen etc. meldeten sich für Führungen an und erlebten den Wald mit seiner Problematik.

Die alte BAB A4 wurde zur Roten Linie erklärt, die durch die Kohlebagger nicht „über(schritten)baggert“ werden sollte. Mehrere Menschenketten verdeutlichten diese Forderung. Prominente beteiligten sich an den Protesten, wie z. B. Horst Wackerbarth, ein Fotograf, der mit seiner Roten Couch in den Wald kam und seine dort entstandenen Fotos allen zur Verfügung stellte.

Antje Grothus initiierte eine Petition zur Rettung des Hambacher Waldes und überreichte diese, zusammen mit Buirer für Buir, dem damaligen NRW-Umweltminister Rammel mit knapp 68.000 Unterschriften.

Das öffentliche Interesse war enorm, dennoch wollten die RWE AG den Tagebau Hambach nicht vorzeitig beenden und weiter vorantreiben. Dafür hätte der Hambacher Wald ab Oktober 2018 weiter gerodet werden müssen. Nur - er war besetzt. Um ihn räumen zu können, musste die Grundlage für eine Räumungsverfügung gefunden bzw. konstruiert werden. Eine Mitarbeiterin des Landesbauministeriums hatte bei einer Begehung die Idee, den Brandschutz heranzuziehen, da keine Feuerlöscher vorhanden seien. Die Stadt Kerpen wurde dienstlich angewiesen, die Räumungsverfügung umzusetzen. Der Polizeipräsident von Aachen war im Vorfeld von den Besprechungen weitgehend ausgeschlossen worden. Später kritisiert er öffentlich, dass für die Vorbereitung viel zu wenig Zeit vorhanden war und so keine Beschwerden gegen die Verfügung geführt werden konnten. „So ein Einsatz darf sich nicht wiederholen.“ Die Presse zerriss das Vorgehen als Farce. Die Landesregierung war Steigbügelhalter für die RWE AG.

Die groß angelegte Räumung des Waldes erfolgte vom 13. bis 28. September 2018. 75 über den Wald verteilte Baumhäuser mussten geräumt werden. Fast 200 Strafverfahren wurden eingeleitet. An den Räumungstagen waren bis zu 3.500 Kräfte im Einsatz und 31.000 Polizistinnen und Polizisten befanden sich im Schichtbetrieb. Während der Räumung stürzte am 19. September Steffen Meyn aus ca. 20 Metern von einer Seilbrücke in die Tiefe und verstarb am Ort. Über die Ursache wird viel spekuliert. Ich war geschockt, wie auch andere im Wald befindliche Personen und ich

hatte die Hoffnung, dass allein aus Achtung vor dem Menschen die Räumung eingestellt worden wäre. Sie ging nach kurzer Pause aber mit gleicher Intensität weiter.

Die Aktivist*innen waren im Wald, um für eine bessere und lebenswerte Zukunft zu kämpfen. Die Ausbeutung der Natur hat ihre Folgen in der Zerstörung unseres Klimas und unserer Welt. Die Folgen betrifft uns alle - besonders den globalen Süden z. B. mit der Ausweitung der Wüsten und dem steigenden Meeresspiegel. Inseln werden oder sind bereits unbewohnbar. Um ihre Ziele durchzusetzen, kamen die Aktivist*innen in den Wald und „schützten mit ihren Körpern“ die Bäume und verhinderten das weitere Vordringen des Tagebaus. Und immer wieder gerieten sie dadurch auch in Lebensgefahr. Sie besetzten Bagger, ketteten sich an den Schienen der Kohlerandbahn oder hingen neben dem Fahrdrabt über der Fahrspur. Was wäre passiert, wenn z. B. die Lok nicht rechtzeitig gebremst hätte? Das gemeinsame Ziel gab den Bewohner*innen des Waldes eine Orientierung. Das Leben bekam einen Sinn. Für viele war diese Erfahrung nachhaltig. Sie lebten eine Gesellschaftsform, die auf Hierarchie verzichten wollte. Die knappen Ressourcen wurden aufgabengerecht verteilt, z. B. Geld, das ein Einzelner verdiente, wurde für die Bedürfnisse der Gruppe verwandt.

Im Wald und in Baumhäusern zu leben war nicht nur einfach und romantisch. Auf jedes Wetter hatten sich die Waldbewohner*innen einzustellen: Kälte, Hitze, Regen und Schnee. Die Sicherung des Lebens nahm Zeit in Anspruch. Wasser musste herangeschafft, Lebensmittel besorgt werden und mehr. Das gemeinsame Bauen an Gebäuden stärkte das Wir-Gefühl. Aber es menscelte auch, wie in der Gesamtgesellschaft. Teilweise waren die Spannungen so groß, dass Bewohner*innen den Wald verließen. Und es gab Differenzen in der Frage nach der Anwendung von Gewalt gegenüber der RWE AG, den „Sekus“ usw. Wie weit geht man im Konflikt mit der RWE AG und der Polizei?

Die Waldbesetzer differenzierten zwischen legal und legitim. Einiges, was sie taten, war nicht legal aber in ihren Augen legitim, wie z. B. die Arbeitsabläufe des Tagebaus zu stören. Die Gewaltfrage wurde unterschiedlich beantwortet. Aber Einigkeit bestand in der Auffassung, dass von der RWE AG strukturelle Gewalt ausgeht, denen die Menschen ausgeliefert sind.

Für den von der RWE AG eingesetzten Sicherheitsdienst waren die Waldbewohner*innen weitgehend „Freiwild“, auf die z. B. Hunde gehetzt wurden. Die Übergriffe, die vom Sicherheitsdienst und von Außenstehenden ausgingen, wurden nicht zur Anzeige gebracht, auch wenn sie relevant waren. Z. B. wurden im Jahr 2012 an einem Fahrzeug von Aktivist*innen die Bremsschläuche zerschnitten.

Die Kommunikationsbeamten waren in den Augen vieler Waldbesetzer*innen Spalter, deren Aufgabe in der Teilung der Bewegung bestand. Die Polizei als staatliches Organ verteidigt nicht die Zukunft der Menschen, sondern schützt die RWE AG und andere umweltzerstörenden Konzerne. Die Aktivist*innen hätten sich gewünscht, dass die Polizei sie unterstützt und die Natur und das Klima rettet. „Du siehst doch, was hier passiert.“ „Warum tust du nichts“. „Du musst kein Bulle sein“. „Du kannst doch aussteigen“, waren provokative Äußerungen gegenüber Einsatzkräften.

Doch die Polizei trat massiv auf. Es bestand der Eindruck, dass durch die massiven Polizeiaufgebote eine Subkultur zerschlagen werden sollte, die sich ausbreitet und ein Gegenmodell zur Gesamtgesellschaft darstellte. Das Misstrauen der Waldbewohner*innen verstärkte sich. 2012 begegnete man allen Waldbesetzer*innen ohne Gesichtsmaske. Über die Jahre wurde sie zum Standard und nach der Räumung im September 2018 wurden Personen mit einer Kamera, auch wenn sie diese nur bei sich trugen, kritisch beäugt. Jeder hätte ein Polizeispitzel sein können.

Bei dem Einsatz im September 2018, an dem insgesamt 31.000 Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligt waren, hatte der einzelne Polizist keine Vorstellung, worum es den

Aktivist*innen geht. Das politisch inszenierte Bild der Klimaterroristen wurde auf die Räumung übertragen, dadurch unterstützt, dass z. B. einzelne Aktivist*innen mit Zwillen auf Einsatzkräfte schossen und mit Fäkalienbeuteln warfen. Der Polizist hatte seine Einsatzbefehle und entsprechend handelte er im trainierten Stil: von vorn ansprechen, von hinten an den Kopf greifen und umreißen, dann fixieren. Rechtlich alles korrekt. Aber die Situation hätte auch über eine Verständigung gelöst werden können. Aufgrund dieser Bilder sprechen nicht nur die Aktivist*innen von Polizeigewalt.

Besondere Erfahrungen sammelten Aktivist*innen in der GeSa (Gefangenen-Sammelstelle), die sie als erniedrigend und demütigend schilderten. Z. B. berichtet eine Frau, dass ihr, während sie ihre Tage hatte, die Tampons abgenommen wurden. Sie blutete stark und wurde so von den Beamten lächerlich gemacht und erniedrigt? Sie sollte psychisch gebrochen werden und so ihre Personalien preisgeben.

Nach der Räumung, die RWE AG hatte alles für die Rodung vorbereitet, entschied das OVG Münster am 05.10.2018 in einem vom BUND NRW angestrebten Eilverfahren, dass die RWE AG den Wald bis zur endgültigen Entscheidung über eine Klage gegen den Hauptbetriebsplan 2018-2020 nicht weiter roden dürfe, um irreversibel Zerstörungen während des laufenden Gerichtsverfahrens zu vermeiden. Über die Jahre hatte der BUND NRW die Rodung des Waldes im Klageweg verhindern wollen und erst das OVG Münster entschied im Sinne des BUND. Eine weitere Möglichkeit den Tagebau zu begrenzen ist ein „Sperrgrundstück“ im Eigentum des BUND vor dem Ort Manheim. Um seine Vorstellungen umzusetzen, muss die RWE AG den BUND enteignen lassen.

Einen Tag später, am 06.10.2018 strömten 50.000 Menschen über Buir in den Hambacher Wald, um für seinen Erhalt zu demonstrieren. Die Autobahn und die Zugverbindungen konnten diese Massen an Demonstranten kaum bewältigen und waren absolut überlastet.

Den Mitarbeiter*innen der RWE AG wurde deutlich, dass ihr Arbeitsplatz nicht mehr sicher ist. Sie demonstrierten in am 17.10.2018 Buir, in der Zuständigkeit der Polizei des Rhein-Erft-Kreises. Unter deren Begleitung verließen die Demonstranten ihren vorgeschriebenen Weg und postierten sich vor dem Haus von Antje Grothus. Sie war in die sog. Kohlekommission berufen worden und setzte sich für ein vorzeitiges Ende der Kohleförderung und den Erhalt des Hambacher Waldes ein. Die Polizei ließ es zu, dass die RWE-Mitarbeiter und Unterstützer*innen aus der Ortslage Buir ihr Grundstück betraten und sich lautstark bemerkbar machten. Sie schritt erst ein, als sich der Partner bedroht fühlte und um Hilfe rief, weil die RWE-Mitarbeiter an die Fensterscheiben klopfen. Wie hätte die Polizei sich verhalten, wenn eine Demonstration von Klimabewegten vor das Haus eines hochrangigen RWE-Funktionärs gezogen wäre?

Unter dem Motto „Ohne gute Arbeit kein gutes Klima“ demonstrierten am 24.10.2018 mindestens 10.000 RWE-Mitarbeiter gegen einen schnellen Kohleausstieg. Der Konzern selbst sah für sich keine andere Zukunft als die Braunkohleförderung. Der damalige Ministerpräsident, Armin Laschet wie auch seine Vorgängerin, waren ein Garant für die RWE AG, die weitgehend auf die Einflussnahme des Ministerpräsidenten bauen konnte. Am 24.10.2018 solidarisierte sich Armin Laschet in seiner Rede mit den Mitarbeitern der RWE. Er sprach zu den Demonstranten „Ihr seid die Anständigen“.

Im Juli 2020 beschloss der Deutsche Bundestag das sog. Kohleausstiegsgesetz, in dem die Einflussnahme aus NRW deutlich erkennbar ist. Laut diesem Gesetz war es notwendig, die Dörfer Lützerath, Keyenberg, Kuckum, Berwerath, Ober- und Unterwestrich für die Förderung der Braunkohle abzureißen. Der Kohleausstieg sollte 2038 erfolgen.

Dem gegenüber stand das Pariser Klimaabkommen mit seinem Ziel den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Ausgehend von diesem Ziel und einer Studie des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sollte und konnte der Tagebau so verkleinert werden, dass alle Dörfer erhalten werden konnten.

Im Herbst 2022 vereinbarten der Bund, das Land NRW und die RWE AG den Kohleausstieg in NRW auf 2030 vorzuziehen. Damit waren der Hambacher Wald und die Dörfer bis auf Lützerath gerettet und mindestens 280 Millionen Tonnen Braunkohle bleiben im Boden. Noch im Januar, vor der Räumung von Lützerath, argumentierte das Institut, dass der Ort Lützerath für die Einhaltung der Klimaziele nicht abgebaggert werden darf und bezweifelte, dass die Kohle unter Lützerath für die Stromversorgung und Energiesicherheit in Deutschland gebraucht wird. War Lützerath der Tribut, der an die RWE AG zu zahlen war?

Ein Landwirt aus Lützerath hatte Grundstücke und Häuser Aktivisten*innen zur Verfügung gestellt, um den Anspruch, Lützerath zu erhalten, nach außen deutlich zu machen. Ab Oktober 2022 begann unter den Aktivisten in Lützerath die Angst vor einer Räumung. Demgegenüber äußerte sich der Polizeipräsident, dass sich die Polizei an einer Räumung des Ortes nur auf der Grundlage einer rechts- und gerichtssicheren Verfügung beteiligt. Diese wurde durch den Landrat erstellt und vom 11. bis 15. Januar 2023 durch die Polizei umgesetzt. Die Häuser und Grundstücke wurden geräumt. Die Großdemonstration am 14. Januar war eine „Schlammschlacht“ zwischen einem Teil der Demonstranten und der Polizei. Die Felder waren aufgeweicht und viele Demonstranten folgten der Aufforderung Einzelner, den inzwischen eingezäunte Ort Lützerath zu stürmen und an die Tagebaukannte zu gehen.

Inzwischen ist Lützerath im Loch verschwunden. Die Bewohner*innen der verbliebenen Dörfer organisieren sich, um aktiv deren Zukunft mitzugestalten. Die Initiative Buirer für Buir hat 2025 ein Projekt zur Erinnerungskultur gestartet und begleitet nach wie vor kritisch den Strukturwandel und insbesondere die so genannte „Seewerdung“ im Restloch Hambach.

Der Rest des Hambacher Waldes soll als Wildnisentwicklungsgebiet geschützt werden. In welcher Form er sich entwickeln wird ist heute noch ungewiss. Die angrenzenden Kiesgruben verinseln ihn und ob der Wald dauerhaft ausreichendes Wasser hat, wird sich zeigen.

Merzenich, 27.10.2026
Hubert Perschke

Zum Autor

Hubert Perschke, Fotograf, und Dipl. Sozialwissenschaftler ist Jahrgang 1947 und aufgewachsen in Hannover. Bereits mit 12 Jahren bekam er seine 1. Kamera. Den Umgang mit ihr lernte er autodidaktisch. 1967 bis 1978 lebte und studierte er im Ruhrgebiet erst Sozialarbeit und später an der Ruhr-Universität Bochum Sozialwissenschaft. Die enormen sozialen Gegensätze im Ruhrgebiet waren beträchtlich und Perschke nutzte die Fotografie sie sichtbar zu machen. Für seine Fotoarbeiten zur Industrielandschaft und zu den Menschen des Ruhrgebiets gewann er 1977 den 1. Preis des damaligen Ruhrlandmuseums. Inzwischen hat das heutige Ruhrmuseum seine Negative aus dem Ruhrgebiet angekauft. Beruflich bedingt siedelte er nach Köln um und lebte viele Jahre in Buir und heute in Merzenich. Der Tagebau Hambach war zu dem Zeitpunkt noch ein „kleines Loch“. Aber über die Jahre wuchs und wuchs er, verschlang den Wald und nahm gigantische Formen an. Es muss nach 2005 gewesen sein, der Ort Etzweiler existierte nicht mehr, als Perschke ein älteres Ehepaar am Rande des Lochs stehen sah. Es weinte, schluchzte, trauerte ihrer verschwundenen Heimat nach. Für ihn ein Schlüsselerlebnis, das bis heute nachhallt. Was bedeutet umsiedeln zu müssen für die betroffenen Menschen? Als Nachbar von Manheim, dessen Kinder im dortigen Judoverein sportlich aktiv waren und im Manheimer Schwimmbad schwimmen lernten, nahm er sich vor, für die

Bewohner des Ortes, ehe sie gehen mussten, ein fotografisches Erinnerungsalbum zu gestalten. Dabei ist es nicht geblieben.

Seit der ersten Waldbesetzung, die im April 2012 begann, war er regelmäßig dabei und dokumentierte die verschiedensten Aktionen an den unterschiedlichen Orten. Sein Bildarchiv zu den Konflikten dürfte das umfangreichste sein.

Buch	Mein Manheim – Ein Erinnerungsalbum, Düren 2013
Ausstellung	Manheim „muss“ umsiedeln, Landtag NRW 2014
Ausstellungen	Bilder aus dem Hambacher Forst, Düren, Jülich, Euskirchen 2016 - 2018
Ausstellung	Auf Augenhöhe, Portraits von Menschen auf der Straße, Köln, Oberhausen, Düsseldorf 2015 - 2022
Ausstellungen	Bilder aus dem Revier, Kreishaus Düren, Annakirche Düren, Duisburg, NBH Herzogenrath 2018 – 2019
Ausstellung	Alles auf Pump, Blankenheim 2019
Ausstellung	Von Baggern und Dörfern, Stadtmuseum Iserlohn 2020 Arne Müseler, Mathias Jung, Hubert Perschke
Buch	Dividende frisst Heimat, Düren 2020
Ausstellung	Alte Heimat – Neue Zukunft, NBH Herzogenrath 2023
Buch	Alte Heimat – Neue Zukunft, Düren 2024
Ausstellung	Klima versuch Dividende, Düsseldorf 2025
Engagement	Schauspielhaus Bochum 2025, https://bo-books.schauspielhausbochum.de/de/26245/exit-hambi-ein-escape-room-zur-rettung-der-welt